

1. Sie führten die Brisanz der Forderung nach „*Repolitisierung*“ des Ost-West-Gegensatzes deutlich vor Augen. Die Sowjetunion wird nicht müde, den Primat der Politik zu unterstreichen und gegen eine angebliche amerikanische Tendenz zur einseitig rüstungspolitischen Lösung der Sicherheitsprobleme zu protestieren. Die Vereinigten Staaten fordern von der Sowjetunion hartnäckig den Verzicht auf eine vollmundige Rhetorik, die nach ihrer Auffassung nur die sowjetische Aufrüstung überdecken soll, und die Hinwendung zu substanziellen Verhandlungen.

2. Für die Europäer (in West und Ost) ist es kein leichtes Unterfangen, ihre eigenen Sicherheitsperspektiven zur Geltung zu bringen. Die Diskussion über eine europäische Friedensordnung läuft generell Gefahr, von der Erörterung strategischer Rüstungsprobleme beiseite gedrängt zu werden. In Anbetracht des Konflikts der Welt-

mächte verflüchtigen sich die Gemeinsamkeiten der europäischen Völker sehr rasch.

3. Die Tagung zeigte, wie ein „politikfähiger“ Beitrag der Kirchen zur Friedensdiskussion aussehen kann. Dazu trugen auch – allerdings in verschiedenem Ausmaß – die geistlichen Worte bei, mit denen die drei Tage jeweils eingeleitet wurden. *Erzbischof Pitirim* sprach für das Moskauer Patriarchat, *Wolfgang Raupach*, Aktion Sühnezeichen, war der evangelische und *Weibbischof Walter Kampe*, Pax Christi, der katholische Vertreter. So berechtigt moralische Verdikte gegen „die“ Abschreckung bisweilen sein mögen, ihre Bewährung hängt nicht zuletzt davon ab, daß sie durch eine Analyse der Bedingungen und Handlungsspielräume aktueller Politik und eine Benennung der vorzugswürdigen Entwicklungstendenzen ergänzt werden.

Hans Langendoerfer

Sorgenvolle Zukunft

Die katholische Kirche Hongkongs

Am 19. Dezember 1984 unterzeichneten die Regierungschefs Großbritanniens und der Volksrepublik China in Peking das Abkommen, das die für den 1. Juli 1997 vorgesehene *Rückgabe Hongkongs an China* regelt. Hongkong erhält dann den Status eines Sonderverwaltungsgebietes, das unmittelbar der Pekinger Zentralverwaltung unterstellt wird. Es soll im wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Bereich weitgehende Autonomie genießen, zumal die derzeit in Hongkong gültigen diesbezüglichen Gesetze für weitere 50 Jahre in Kraft bleiben, sofern sie nicht dem in China geltenden Recht widersprechen. Den Interessen der Wirtschaft wurde in besonderem Maße Rechnung getragen, indem für Hongkong die Errichtung eines Sonderzollgebietes mit freiem Kapitalfluß vorgesehen ist, in welchem auch zukünftig der Besitz von Privateigentum garantiert wird. Darüber hinaus räumt man der Bevölkerung sogar ein Mitspracherecht bei der Ernennung des Administrators des Sonderverwaltungsgebietes ein – unklar ist allerdings, ob dies in Form von Wahlen oder von „Konsultationen“ erfolgen soll.

Chinesen machten erhebliche Zugeständnisse

Damit ist in Hongkong der *Fortbestand des bisherigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems* in wesentlichen Punkten gewährleistet. Rechtlich muß dies aber noch im Detail durch ein „Grundgesetz“ abgesichert werden, das der chinesische Volkskongreß in den nächsten Jahren erarbeiten und verabschieden soll. Zudem ist die Einrichtung einer „britisch-chinesischen Verbindungsgruppe“ vorgesehen, die den reibungslosen Ablauf der Übergabe Hongkongs zu überwachen hat. Sie wird Mitte 1985, nach dem Austausch der Ratifizierungsurkunden, ihre Arbeit aufnehmen und bis zum Jahre 2000 amtieren.

Der Kompromiß wurde nicht nur von den Regierungen Großbritanniens und der Volksrepublik China als Erfolg gewertet, sondern auch in Hongkonger Wirtschaftskreisen weitgehend begrüßt. Viele der 5,5 Millionen Einwohner der Kronkolonie äußerten sich in Umfragen allerdings sehr *vorsichtig* optimistisch, ist doch die Zukunft Hongkongs keineswegs in jeder Hinsicht geklärt. Der Erfolg des Abkommens wird entscheidend von der innenpolitischen Entwicklung Chinas abhängen, ob also etwa die Vertreter einer gemäßigten, um Verständigung bemühten Politik weiterhin die Oberhand behalten. Einen ersten Prüfstein dürfte dabei die Ausarbeitung des „Grundgesetzes“ bilden. Bisher ist unklar, inwiefern Großbritannien bzw. Vertreter Hongkongs hierauf Einfluß nehmen können.

Bei aller von mancher Seite geäußerten Skepsis sollte dennoch nicht übersehen werden, daß die chinesischen Verhandlungsführer zu erheblichen Zugeständnissen bereit waren. Dies gilt auch für den *religiösen Bereich* – das Abkommen garantiert nicht nur die Freiheit der Religionsausübung, sondern gestattet den Konfessionen, ihre kulturelle und soziale Arbeit weitgehend ungehindert fortzusetzen. Die entsprechenden Bestimmungen werden allerdings nur in einem Anhang zum eigentlichen Vertragstext näher ausgeführt: „Lehranstalten aller Art, einschließlich derjenigen, die von religiösen und Gemeinschafts-Organisationen betrieben werden, können ihre Autonomie beibehalten. Sie können weiterhin von außerhalb des Sonderverwaltungsgebiets Hongkong Kräfte einstellen und Lehrmaterial beziehen.“ (Art. X) ... „Religiöse Organisationen und Gläubige können ihre Beziehungen mit religiösen Organisationen und Gläubigen anderswo unterhalten, und Schulen, Krankenhäuser und Wohlfahrtseinrichtungen, die von religiösen Organisationen betrieben werden, werden fortbestehen. Die Bezie-

hungen zwischen den religiösen Organisationen im Sonderverwaltungsgebiet Hongkong mit denjenigen in anderen Teilen der Volksrepublik China werden auf den Prinzipien der Nichtunterordnung, der Nichteinmischung und des gegenseitigen Respekts beruhen.“ (Art. XIII) (Europa-Archiv 22/1984, D 637f)

Gedämpfter Optimismus in der Kirche

Trotz dieser Zusicherungen betrachtet die katholische Kirche, deren 275 000 Gläubige 5% der Einwohnerschaft Hongkongs stellen, die Entwicklung insgesamt mit eher gedämpftem Optimismus. Gerade jene Priester und Laien, die nach der kommunistischen Machtübernahme in China leidvolle Erfahrungen machen mußten, ehe sie in Hongkong Zuflucht fanden, äußern sich besorgt über die Zukunft. Ihre Zweifel gründen insbesondere darauf, daß das Abkommen hauptsächlich Fragen des Wirtschaftssystems detaillierter behandelt, während der Status der Religionsgemeinschaften nur in groben Zügen umrissen wird.

In der Tat konnten nicht alle Probleme der Religionsgemeinschaften zufriedenstellend gelöst werden. So ist die Frage der *Weiterbeschäftigung ausländischer Mitarbeiter* der Kirche noch nicht vollständig geklärt (1984 gab es unter den 268 Ordens- und 76 Weltpriestern nur 138 Chinesen – UCA News, 16. 5. 84). Zwar dürfen Ausländer nach 1997 weiter in Hongkong tätig sein und sogar Verwaltungsstellen bekleiden, doch man befürchtet, für die Religionsgemeinschaften könnte eine restriktive Praxis eingeführt werden. Eine jüngste Kontroverse über das zukünftige Paßwesen für nicht-chinesische Einwohner Hongkongs zeigt immerhin, daß bei der Ausarbeitung detaillierter Bestimmungen zumindest noch manches Hindernis zu überwinden sein wird. Entsprechend wird nicht ganz ausgeschlossen, daß einige der 15 in Hongkong tätigen *katholischen Kongregationen* vorsorglich Mitarbeiter abziehen (konkrete Anzeichen gibt es hierfür allerdings vorerst nicht).

In erheblichem Maße ist die *kirchliche Erziehungs- und Sozialarbeit* gefährdet. Derzeit betreibt die katholische Kirche u. a. etwa 270 Schulen mit 300 000 Schülern, 6 Krankenhäuser und zahlreiche andere Sozialeinrichtungen (UCA News, 4. 7. 84). Deren Tätigkeit wäre nicht nur durch den Abzug ausländischer Mitarbeiter beeinträchtigt, sondern wohl noch mehr durch den möglichen Wegfall staatlicher und privater Subventionen aus Hongkong selbst – auf diese ist man wesentlich angewiesen.

Rechtlich kaum geklärt ist die Frage der *zukünftigen Kontakte der Kirche zur übrigen katholischen Welt*, zumal sich in den Vereinbarungen zwischen Großbritannien und China kein konkreter Hinweis findet, daß die Diözese weiterhin ungehinderte Beziehungen zum Vatikan unterhalten darf. Von chinesischer Seite wurde zwar wiederholt inoffiziell versichert, man werde die Bindung der Kirche an Rom in keiner Weise einzuschränken versuchen, doch innerhalb des Klerus wertet man dies nicht als eine in jeder Hinsicht ausreichende Garantie. Es wird so-

gar befürchtet, Peking könne gegebenenfalls Druck auf die katholische Kirche Hongkongs ausüben, sich mit der regierungstreuen *Chinesischen Katholischen Patriotischen Vereinigung* zu arrangieren. Die Kirchenleitung, die trotz gelegentlicher Kontakte weitgehend Distanz zur chinesischen „Nationalkirche“ wahrte, hat demgegenüber eindeutig erklärt, man werde organisatorische Bindungen mit ihr nicht eingehen.

Um verstärkte Kontakte zu Peking bemüht

Die Kirche ist sich aber bewusst, daß die Probleme nur im Dialog mit der chinesischen Führung gelöst werden können. Sie bemüht sich deshalb um verstärkte Kontakte zur Volksrepublik China, und so entsandte sie anlässlich der Feiern zu deren 35. Gründungstag am 1. Oktober 1984 erstmals wieder einen offiziellen Vertreter nach Peking. Bei der Unterzeichnung des britisch-chinesischen Abkommens war gleichfalls – neben dem anglikanischen Bischof von Hongkong, einem Muslim und zwei Buddhisten – einer der ranghöchsten Repräsentanten des Klerus zugegen. Ursprünglich hatte man Bischof *John Baptist Wu Cheng-Chung* selbst eingeladen, doch dieser konnte angesichts anderer Verpflichtungen nicht kommen – so jedenfalls lautete die offizielle Begründung, Bischof Wu, so hieß es, würde China zudem lieber zu einem späteren Zeitpunkt unter weniger „politischen“ Vorzeichen bereisen (UCA News, 19. 12. 84).

In intensiven Gesprächen mit hohen chinesischen Funktionären präzisierte man dabei noch einmal den Standpunkt der Kirche, wie ihn Bischof Wu der chinesischen Regierung bereits am 15. August 1984 in einer offiziellen Erklärung – in Absprache mit führenden Vertretern des Klerus – erläutert hatte. Bischof Wu verwies auf die Verbundenheit der katholischen Kirche mit der kulturellen Tradition Chinas und betonte, man wolle auch künftig zur Entwicklung der Gesellschaft Hongkongs beitragen. Die Kirche könne ihre spirituellen und gesellschaftlichen Aufgaben jedoch nur dann erfüllen, wenn *grundlegende Rechte* garantiert seien: die Freiheit der Wahl der Religion, die Freiheit der Religionsausübung, die freie Glaubensverbreitung im privaten wie öffentlichen Bereich, das Recht der Kirche zu kultureller und sozialer Arbeit, der ungehinderte Kontakt zur übrigen katholischen Welt einschließlich etwa des Einsatzes ausländischer Mitarbeiter (UCA News, 29. 8. 84).

Das Dokument war wesentlich zuversichtlicher gehalten als ein Brief, den Bischof Wu im Mai 1984 privat an Kardinal *Basil Hume* von Westminster geschrieben hatte. Damals äußerte er die Befürchtung, die Belange der Kirche könnten bei den britisch-chinesischen Verhandlungen nicht genügend berücksichtigt werden, und bat Kardinal Hume, deswegen Kontakte zu katholischen Abgeordneten des britischen Parlaments aufzunehmen. Das Schreiben war seinerzeit durch Indiskretion bekanntgeworden und hatte verschiedentlich kircheninterne Kritik ausge-

löst, weil man es als einseitigen, allein an Großbritannien gerichteten Schritt betrachtete.

Die offizielle Erklärung der Kirche vom August 1984 wurde in Peking durchaus positiv aufgenommen. Zudem zeigten chinesische Funktionäre auch in den Gesprächen mit den Abgesandten der Kirche Hongkongs Verständnis für deren Position und versuchten, die Bedenken der katholischen Seite zu zerstreuen. Hoffnungsvolle Ansätze für eine Verständigung sind somit durchaus gegeben, doch sichert dies noch keineswegs endgültig ein ungehindertes Kirchenleben für die Zeit nach 1997. Darüber hinaus wird die Absicherung nach außen nur dann von Erfolg sein, wenn zugleich der innere Zusammenhalt der Kirche gestärkt wird.

Man bemüht sich deshalb in zahlreichen Initiativen um Intensivierung des Kirchenlebens. Im Februar 1984 wurde z. B. ein umfangreiches *Fortbildungsseminar für den Klerus* veranstaltet, das Problemen der internen Zusammenarbeit kirchlicher Stellen, der besseren Ausbildung von Laien und der gesellschaftspolitischen Arbeit gewidmet war. Während dieser Zeit übernahmen erstmals 100 Laien als Stellvertreter der abwesenden Priester bestimmte Aufgaben innerhalb der Gemeinden (Abhaltung von Gebetsgottesdiensten, Austeilung der Kommunion usw.). Dies war ein äußerst bedeutsamer Schritt zur engeren Einbindung von Laien in die pastorale Arbeit, zumal sich die Mitarbeit der Laien nach 1997 u. U. als überlebensnotwendig erweisen könnte. Darüber hinaus fördert man das gesellschaftliche und politische Engagement der Laien. So beschlossen im August 1984 elf katholische Organisationen, sich intensiver am politischen Leben zu beteiligen und etwa die Kandidatur von Katholiken bei den für März 1985 angesetzten Wahlen zu den Distrikt-Räten zu unterstützen (UCA News, 29. 8. 84).

Die Kirchenführung versucht im übrigen, ihre Bemühungen zur Sicherung der Religionsfreiheit *mit den anderen*

Glaubensgemeinschaften abzustimmen. Bedauerlicherweise kam jedoch eine geplante gemeinsame Erklärung von Katholiken und Protestanten nicht zustande. Sie scheiterte wahrscheinlich daran, daß Vertreter der Protestanten nicht bereit waren, einen Passus über die Beziehungen der katholischen Kirche zum Vatikan in das Dokument aufzunehmen.

So gaben schließlich am 31. August 1984 Repräsentanten von 200 protestantischen kirchlichen Gemeinschaften eine eigene, an die Regierung in Peking gerichtete Erklärung heraus. Im Namen der etwa 250 000 Protestanten äußerten auch sie eine gewisse Besorgnis, daß die Religionsfreiheit nach 1997 eingeschränkt werden könnte. Auch sie unterstrichen, daß das Recht zur freien Wahl des Glaubensbekenntnisses ein elementares Menschenrecht sei. Zugleich sprechen sie die Hoffnung aus, es werde den Gemeinden trotz allem weiterhin möglich sein, sich frei zu entfalten, zumal die vielfältigen Aktivitäten der Kirchen zum Gemeinwohl beitragen (UCA News, 5. 9. 84).

Intern werden die Aussichten für die Zukunft von manchen Protestanten allerdings noch pessimistischer beurteilt als von katholischer Seite. Gerade evangelikale Gruppen streng antikommunistischer Prägung fürchten, daß für die Religionsgemeinschaften schwere Zeiten anbrechen. Viele Protestanten wie Katholiken beklagen zudem, daß nicht alle Christen die Herausforderung der Zukunft erkennen und sich zu passiv verhalten.

Das Engagement der Gläubigen dürfte aber wesentlich darüber entscheiden, welche Perspektiven das Christentum in Hongkong besitzt. Setzt man eine derartige Einsatzbereitschaft voraus – und setzt man zugleich voraus, daß sich die chinesische Seite voll und ganz an die Vereinbarungen hält –, dann wird die Kirche in Hongkong auch nach 1997 trotz erschwelter Umstände weiterhin ihren Auftrag erfüllen können.

Peter Drews

Kurzinformationen

Als Ersatz für ein nicht zustande gekommenes Friedensgutachten hat der Rat der EKD sechs Expertenbeiträge zur politischen Friedensförderung vorgelegt. Die von der EKD mit der Erstellung eines die Friedensdenkschrift vom Herbst 1981 aktualisierenden Gutachtens beauftragten Wissenschaftler konnten sich nicht auf gemeinsame Empfehlungen für politische Optionen einigen. Sie wurden daraufhin vom Rat gebeten, in eigener Verantwortung Analysen zu Teilproblemen vorzunehmen. Die jetzt vorgelegten Beiträge (erschieden unter dem Titel: „Frieden politisch fördern: Richtungsimpulse“ im Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn) stammen von den Professoren Klaus Ritter, Klaus von Schubert, Klaus von Beyme, Karl Kaiser, Rainer Tetzlaff und Jost Delbrück. Klaus Ritter macht kritische Anmerkungen zur neueren Friedensdis-

kussion und weist dabei auf die Gefahr hin, in den Sog von Aktualität zu geraten, in der „die Komplementarität der je notwendigen Aufgaben von politischer Praxis, auf Paradigmenwechsel drängender Bewegung und Kirche unterzugehen droht“ (S. 31). In seinem Beitrag insistiert von Schubert darauf, die Probleme von Kernwaffen, Abschreckung und Militärstrategie so zu diskutieren, daß der Primat des Politischen über das Technische zum Ausdruck komme. Karl Kaiser zeigt sich skeptisch gegenüber den Vorschlägen, die Gefahr eines Nuklearkriegs durch Einfrieren der Atomwaffen oder durch Abmachungen über den Nichterstgebrauch vermindern zu wollen. Rainer Tetzlaff empfiehlt in seiner Analyse der Ursachen von Nord-Süd-Konflikten der Bundesrepublik eine „aktive Politik der Zurückhaltung“ gegenüber der Wiederbele-